

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 14.05.2013

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: ./.
Ende: 19:45 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Jung
Frau Kammeier
Frau Niederfranke
Frau Osthus
Herr Schön
Herr Weber

bis 17.05 Uhr
ab 17.05 Uhr

SPD

Herr Kaufmann
Frau Schneider
Frau Schrader
Herr Suchla
Herr Wandersleb

Vorsitzende
bis 18.20 Uhr

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hood
Frau Mann
Frau Rathsmann-Kronshage

Stellv. Vorsitzende

FDP

Herr Buschmann

Die Linke

Herr Dr. Schmitz

Beratende Mitglieder

Frau Cascante-Maristany
Herr Heuer
Frau Huber
Frau Geilhaar

BfB-Ratsgruppe
Beirat für Behindertenfragen
Seniorenrat
fraktions- bzw. gruppenloses
Mitglied

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler
Beigeordnete Frau Ritschel
Frau Schulz

Herr Wörmann

Frau Krutwage

Herr Döding

Herr Moritz

Frau Bueren

Frau Beckmann-Schönwälder
Herr Linnenbürger

Gäste

Herr Hanke
Frau Pötter
Herr Onckels
Frau Schellong

Schriftführung

Frau Krumme

Dezernat 5
Dezernat 3
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Büro für Integrierte Sozialplanung
und Prävention
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Büro für Integrierte Sozialplanung
und Prävention
Stab Dezernat 5
Büro für Integrierte Sozialplanung
und Prävention

Jobcenter Arbeitplus Bielefeld
Agentur für Arbeit
AGW
CDU-Fraktion

Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzende Frau Schrader begrüßt die Anwesenden. Ein Filmteam von WestArt möchte den Beginn der Sitzung aufnehmen. Sie bittet darüber abzustimmen, ob Einwände gegen die Aufnahmen bestehen. Die Anwesenden stimmen den Aufnahmen einstimmig zu. Sie stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Aufgrund von verwaltungsinternem Abstimmungsbedarf wird TOP 11 von der Tagesordnung abgesetzt. Weitere Änderungen gibt es nicht.

Zu Punkt 1**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 33. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 12.03.2013****Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 33. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 10.03.2013 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2**Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (34. Sitzung) und des Jugendhilfeausschusses am 10.04.2013**

Im Auftrag von Herrn Weber bittet Frau Kammeier um folgende Ergänzung des Protokolls:

Zu Punkt 1.1 auf Seite 4, nach dem 2. Satz:

„Obschon er für die CDU-Anfrage telefonische Rücksprache mit der Verwaltung zwecks konkreter Aussagen, Daten, Fakten geführt habe (vor Ostern), sei diese allgemeine nicht aussagefähige Antwort erfolgt. Das sei absolut inakzeptabel.“

Beschluss:

Die Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (34. Sitzung) und des Jugendhilfeausschusses am 10.04.2013 wird, unter Berücksichtigung der vorgebrachten Ergänzung, nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

Zu Punkt 3.1 **Schuldnerberatung,
Verteilung der Mittel aus dem Fonds des Sparkassen- und Gi-
roverbandes für das Jahr 2013**

Vorsitzende Frau Schrader verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 **Brandschutz in Bielefelder Alten- und Pflegeeinrichtung
-Einschätzung aus Sicht der Heimaufsicht und der Feuerwehr-**

Vorsitzende Frau Schrader verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.3 **Gesetzentwurf des Bundesrates, Drucks.-Nr. 319/13**

Beigeordneter Herr Kähler verweist auf einen Gesetzentwurf des Bundesrates, der als Tischvorlage (**Anlage 1**) verteilt worden sei. Der Entwurf beinhalte eine Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch - Weiterfinanzierung von Schulsozialarbeit und Mittagessen in Horteinrichtungen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anfragen**

Zu Punkt 4.1 **Einsparpotenziale für die Leistungs- und Finanzierungsver-
einbarungen (Anfrage der CDU-Fraktion vom 07.05.2013)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5710/2009-2014

Herr Weber ergänzt die Anfrage der CDU-Fraktion um zwei Zusatzfragen:

„1. Zusatzfrage:

Ist der Sozialverwaltung bekannt, dass durch die Beschlussfassung vom 10. April 2013 die finanzielle Ausstattung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mittelfristig (d. h. in den nächsten drei

Jahren) nicht ausreichend sein wird und somit dieser Beschluss zu einer Negativdifferenz von ca. 600.000 bis 700.000 Euro in den Jahren 2015/2016 führen wird?

2. Zusatzfrage:

Wenn dies so bekannt ist, wie geht man seitens der Sozialverwaltung damit in den nächsten 4 Wochen um?“

Zu der eingereichten Anfrage führt Beigeordneter Herr Kähler aus, dass die Verwaltung im Rahmen der interfraktionellen Arbeitsgruppe zu diesem Thema auf Wunsch der Politik mögliche Überlegungen zur Kostenreduzierung bei den leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen vorgelegt habe. Sie habe in diesem Zusammenhang mehrfach darauf hingewiesen, dass es sich hierbei um rein fiskalische und nicht um fachliche Vorschläge handle. Die Verwaltung habe ebenfalls mehrfach darauf hingewiesen, dass sie eine Verwaltungsvorlage mit Kürzungsvorschlägen in den Sitzungen von SGA und JHA nur dann vorlegen werde, wenn sie dazu durch einen ausdrücklichen Beschluss der beiden Gremien aufgefordert werde. Dies sei bislang nicht geschehen.

Sollte die CDU-Fraktion dennoch auf einer Verwaltungsvorlage bestehen, so habe sie selbstverständlich das Recht im Ausschuss einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Die nachgeschobenen Zusatzfragen würden im Rahmen des Protokolls schriftlich beantwortet.

Im Nachgang der Sitzung erfolgt folgende Antwort auf die Zusatzfragen:

„Zu 1.

Die Verwaltung hat darauf hingewiesen, dass es bei diesem geplanten Vorgehen in den Jahren 2015 und 2016 zu Veränderungen bei der mittelfristigen Finanzplanung kommen werde. Die genaue Höhe dieser Veränderung wird das Amt für Finanzen und Beteiligung im Rahmen einer Verwaltungsvorlage für den Finanz- und Personalausschuss, den Haupt- und Beteiligungsausschuss und den Rat beziffern.

Zu 2.

Siehe Punkt 1“

Zu Punkt 4.2

Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 07.05.2013)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5711/2009-2014

Vorsitzende Frau Schrader verweist auf die als Tischvorlage (**Anlage 2**) verteilte Antwort der Verwaltung. Herr Dr. Schmitz bittet um die Möglichkeit, im Rahmen des Tagesordnungspunktes 7 auf die Beantwortung einzugehen.

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Leistungsverträge ab 2014 (Antrag der SPD-, Bündnis 90/Die Grünen- und FDP-Fraktionen vom 14.05.2013)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5741/2009-2014

Frau Schneider gibt einen Rückblick auf die bisherigen Entwicklungen und erläutert die notwendige Konsolidierung der benötigten Finanzmittel. Dieser Antrag solle von den SGA-Mitgliedern als Vorschlag zur gemeinsamen Diskussion und anschließender Beschlussfassung gewertet werden. Sie schlägt vor, einen Beschluss über den Antrag in der nächsten Sitzung herbeizuführen. Frau Rathsmann-Kronshage ergänzt, dass mit diesem Antrag nunmehr die erforderliche Konkretisierung des Beschlusses vom 10.04.2013 umgesetzt werden soll. Sie macht deutlich, dass alle Einrichtungen für wichtig gehalten und ihren Teil an notwendigen Einsparungen erbringen sollen. Im Gegenzug würde die Kritik an der Budgetierung aufgenommen und die jährliche Übernahme bis zu 3% der Sachkosten- und Tarifsteigerungen zugesagt. Darüber hinaus erläutert sie die einzelnen Kürzungspunkte, für die der SGA inhaltlich zuständig ist (Ziffern 1 – 9 des Antrages).

Beigeordneter Herr Kähler gibt in diesem Zusammenhang folgende Stellungnahme der Verwaltung ab:

1. Die divergierenden Beschlüsse von SGA und JHA am 10.04.2013 zu den Leistungsverträgen werden am 16.05.2013 im Haupt- und Beteiligungsausschuss behandelt. Die Verwaltung hat hierzu die Vorlage Drucks.-Nr. 5695/2009-2014 vorgelegt.
2. Der Antrag muss im Rat behandelt werden, da er zu einer Veränderung der mittelfristigen Finanzplanung führen kann.
3. Die Verwaltung weist darauf hin, dass zur Umsetzung des Grundsatzbeschlusses zu den Leistungsverträgen der Ratsbeschluss vom 25.03.2010, Drucks.-Nr. 0676/2009-2014 teilweise aufzuheben ist.
4. Die Verwaltung weist darauf hin, dass durch die Aufhebung des Deckelungsbeschlusses die Geschäftsgrundlage für die HSK-Maßnahmen 236 und 253 ab 2014 entfällt.

Herr Weber begrüßt den Vorschlag von Frau Schneider, den Antrag zunächst in 1. Lesung zu behandeln. Er bemängelt, dass die Verwaltungsspitze sich nicht am bisherigen Verfahren beteiligt habe. Die CDU-Fraktion habe dies im Januar 2013 beantragt. Die Koalition habe diesen Antrag abgelehnt; scheinbar sei man der Auffassung gewesen, dass die Opposition nicht gebraucht werde. Aus Sicht der CDU-Fraktion, als stärkste Fraktion im Rat, habe eine Weiterentwicklung der Leistungsverträge im Rahmen einer dialogischen Kommunikation nicht stattgefunden. Die Vorschläge der Koalition seien aus seiner Sicht für das Konzept der Leistungsverträge nicht zielführend.

Vorsitzende Frau Schrader und Frau Rathsmann-Kronshage weisen darauf hin, dass die interfraktionelle Arbeitsgruppe (am 05.05.2012 einstimmig beschlossen), in der auch Herr Weber persönlich vertreten war, dialogisch kommuniziert habe. Der Versuch, eine gemeinsame Empfehlung zu erarbeiten, sei leider gescheitert, so dass sich die Koalition nun in der Verantwortung sehe, Vorschläge zu unterbreiten. Die CDU-Fraktion habe noch immer die Möglichkeit, ihre Vorschläge in die Diskussion einzubringen.

gen, um ein gemeinsames Konzept zu verabschieden.

Frau Huber als Vertreterin des Seniorenrates bedauert den Vorschlag bezüglich der vorgeschlagenen Mittelkürzungen und kündigt eine Stellungnahme des Seniorenrates dazu an.

Herr Dr. Schmitz begrüßt, dass eine Förderung der Bahnhofsmission erhalten bleiben soll. Durch die vorgeschlagenen Mittelkürzungen würde allerdings die Prävention reduziert, was langfristig wieder zu mehr Kosten führen werde. Er verweigere diesem Antrag seine Zustimmung.

Herr Onckels hebt die Übernahme der Personal- und Sachkostensteigerung und die 3-jährige Vertragslaufzeit positiv hervor. Bezüglich der Bedenken der Wohlfahrtsverbände zu den Mittelkürzungen verweist er auf die bereits bekannte Stellungnahme. Er bittet, bei den Entscheidungen die Menschen in den Vordergrund zu stellen und sich nicht nur von fiskalischen Aspekten leiten zu lassen.

Frau Rathsmann-Kronshage bedankt sich für die positive Bewertung. Um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erreichen, müssten neben den fachlichen auch die fiskalischen Aspekte berücksichtigt werden.

Herr Buschmann macht zu den Äußerungen von Herrn Weber deutlich, dass eine positive Beschlussfassung einen Eingriff in laufende Verträge bedeutet hätte. Dies sei nicht möglich gewesen. In der interfraktionellen Arbeitsgruppe sei eine Liste erarbeitet worden, die von den Mitgliedern sehr sensibel bewertet worden sei. Mit dem vorgeschlagenen Konzept solle den Verbänden Planungssicherheit für die nächsten drei Jahre garantiert werden. Herrn Weber fordert er auf, seine Denkweise in dieser Sache zu überprüfen und so eine gemeinsame fachliche Diskussion zu ermöglichen.

Vorsitzende Frau Schrader weist darauf hin, dass für die Antragsabstimmung eine gemeinsame Sondersitzung mit dem Jugendhilfeausschuss am 18.06.2013, direkt vor der planmäßigen SGA-Sitzung, geplant werde.

- 1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 6

Arbeitsmarktberichterstattung für den Bereich Sozialgesetzbuch II -Quartalsberichterstattung

Herr Hanke erläutert die Situation des Arbeitsmarktes und die Aktivitäten des Jobcenters Arbeitplus Bielefeld.

Bei der Differenzierung von erwerbstätigen Arbeitslosengeld II-Bezieherinnen und Beziehern merkt er an, dass Nordrhein-Westfalen mit die höchste Quote im Bereich der Teilzeitbeschäftigungen habe. Auf Wunsch der Anwesenden sagt er weitere Erläuterungen zur Teilzeitquote zu, die dem Protokoll beigefügt würden (**Anlage 3**). Weiter verweist er auf Seite 15 des Berichtes, in der Einblicke über die „Prozessqualität“ gegeben würden.

Auf Fragen von Beigeordneten Herrn Kähler zur Zielerreichung der Regionalziele, die in einigen Bereichen nicht zufriedenstellend sei, führt Herr Hanke aus, dass es noch zu früh sei, darüber Prognosen abzugeben. Durch den langen Winter wirke die Arbeitsmarktbelebung zeitversetzt. Beigeordneter Herr Kähler fordert die Geschäftsführung des Jobcenters Arbeitplus Bielefeld dazu auf, eine realistische Einschätzung zur Zielerreichung des Regionalzieles „Verbesserung der sozialen Stabilisierung“ (S. 20 des Berichtes) zu geben. Abweichungen von der Zielerreichung

fürten zu Auswirkungen auf den Haushalt und würden evtl. eine Nachtragsvorlage erfordern. Grundsätzlich sollte frühzeitig über negative Entwicklungen bei der Zielerreichung informiert werden. Herr Hanke führt dazu aus, dass Einschätzungen zur Zielerreichung und evtl. erforderliche Steuerungsmaßnahmen erst in der nächsten Sitzung abgegeben werden könnten.

-.-.-

Zu Punkt 7

Leistungen für Bildung und Teilhabe für Kinder und Jugendliche - Stand der Umsetzung – Betrachtung des Jahres 2012

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5572/2009-2014

Herr Döding informiert über die wesentlichen Inhalte der Vorlage.

Auf Fragen von Herrn Dr. Schmitz zur niedrigen Inanspruchnahme von Lernförderung führt er aus, dass sich die für Münster dargestellte Lernförderungsquote (14 %) auf Nachfrage beim Ministerium als statistische Verzerrung herausgestellt habe. Bei der Quotenermittlung sei auch der zugrunde liegende Maßstab zu beachten.

Ein Projekt der Martin-Niemöller-Gesamtschule und der Volkshochschule zielt auf die Steigerung der Inanspruchnahme von Lernförderung ab.

Herr Weber verweist auf eine Pressemitteilung des Städtetages, in der der Stadt Bielefeld eine sehr gute Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes bescheinigt werde.

Beigeordneter Herr Kähler führt aus, dass sich der Bundesgesetzgeber für Sachleistungen und nicht für Regelsatzleistungen entschieden habe. Den Vorwurf gegenüber der Verwaltung, sie arbeite nicht zielgenau, weist er zurück. Darüber hinaus sollte bei der Reform des Bildungs- und Teilhabepaketes nicht nur über die Geldmittel, sondern auch über die Wirkung der Leistungen diskutiert werden. Aus seiner Sicht mache diese Diskussion allerdings erst Sinn, wenn im Rahmen einer Evaluation die Ergebnisse von 2 -3 Jahren vorliegen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 8

Bericht der zuständigen Behörde für die Durchführung des Wohn- und Teilhabegesetzes (WTG) -Heimaufsicht- für die Jahre 2011 und 2012

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5649/2009-2014

Frau Krutwage informiert über die wesentlichen Punkte des Berichtes.

Einen Schwerpunkt stelle das Prüfgeschehen im Rahmen von Regelprüfungen, Anlass- oder Beschwerdeprüfungen nach § 18 WTG dar. Zentrale Ergebnisse seien:

1. Stationäre Pflegeeinrichtungen sind deutlich besser als ihr Ruf!
Bewohnerinnen und Bewohner fühlen sich überwiegend gut betreut,

es besteht eine hohe Zufriedenheit, aber auch der Wunsch nach mehr Zeit der Mitarbeiter, die gute Versorgung wird durch ein Qualitätsmanagement gesichert, das bei den meisten Einrichtungen gut entwickelt ist.

2. Pflegenoten sagen nichts über die tatsächliche Qualität der Pflege aus!
In Bielefeld 13 x 1,0, lediglich eine Einrichtung erhielt eine 2,1, gute Noten sind lernbar, weil es in weiten Teilen um das richtige Ausfüllen von Formularen geht.
3. Die Anpassungsfähigkeit und Flexibilität der Einrichtungen der Behindertenhilfe ist ausgesprochen hoch.
Das Thema Pflege hat durch die demografische Entwicklung zunehmend an Bedeutung gewonnen, es werden beratende Pflegefachkräfte eingesetzt und Konzepte für die Nachbetreuung umgesetzt. Im Bereich der psychischen Erkrankungen gibt es differenzierte Problemlagen, denen mit guter Professionalität und passgenauen Hilfen begegnet.
4. Auch wenn das WTG für Wohngruppen nur bedingt geeignet ist, die regelmäßige Prüfung der Angebote und Sicherung der pflegerischen Versorgung ist mehr als sinnvoll.
Im Vergleich zur klassischen stationären Pflege besteht eine deutlich geringere Professionalität beim Qualitätsmanagement bzgl. Standardeinführung und –sicherung.
5. Beschwerden der Bewohnerinnen und Bewohner sind ein wichtiger Qualitätsindikator und zugleich Korrektiv für ein stichtagsbezogenes Prüfgeschehen.
In zwei Jahren gab es 50 Beschwerden. Davon waren 20 berechtigt.

Aufgrund einer überschaubaren Trägerlandschaft, guter Strukturen der Zusammenarbeit und Transparenz, öffentlicher Wahrnehmung und sozialer Kontrolle sowie engagierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter könne der Pflege und Betreuung in Bielefeld ein hohes fachliches Niveau, bei guter Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität, bescheinigt werden. Sie bedauert, dass es im Berichtszeitraum nicht gelungen sei, alle Einrichtungen einmal im Jahr zu begehen. Gründe hierfür seien gestiegene Anforderungen des WTG, strukturelle Veränderungen im Zusammenhang mit der Ambulantisierung und komplexe Beschwerdeanlässe. Darüber hinaus stehe die Novellierung des WTG an, die sich daraus ergebenden neuen Herausforderungen für das Prüfgeschehen müssten abgewartet werden.

Fragen von Frau Cascante-Maristany, Frau Geilhaar, Herrn Weber, Herrn Jung und Frau Huber werden von Frau Krutwage beantwortet.

Herr Onckels bedankt sich für die positive Rückmeldung und bestätigt einen guten Dialog zwischen der Heimaufsicht und den Trägern. Darüber hinaus verweist er auf schwierige Entwicklungen in den Bereichen Fachkräfte und ärztliche Versorgung in der stationären Pflege.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 9 Pflegestatistik 2011

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5656/2009-2014

Frau Bueren erläutert die Ergebnisse der Pflegestatistik 2011. Auffällig sei, dass immer mehr Pflege durch Angehörige geleistet werde; der Wunsch, im Alter in vertrauter Umgebung zu bleiben, könne in Bielefeld immer öfter erfüllt werden. Um die dafür benötigte Unterstützung einfordern zu können, seien Beratungen unerlässlich.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 10 Neuregelung der betreuungsrechtlichen Unterbringung für den Bereich der medizinischen Zwangsbehandlung (§ 1906 BGB)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5510/2009-2014

Herr Moritz stellt die Änderungen des § 1906 BGB dar und verdeutlicht die Wirkung auf die Praxis. Seit der Gesetzesänderung seien in Bielefeld lediglich für 5 Personen gerichtliche Zwangsbehandlungen erfasst worden. Ziel von Ärzten und Betreuern sei es, die Patienten von der Notwendigkeit der Behandlung zu überzeugen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 11 Reduzierung des kommunalen Personals im Jobcenter von einem bisherigen Anteil von ca. 40 % auf 30 % bis zum Jahr 2015

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5689/2009-2014

vertagt

Zu Punkt 12 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

Vorsitzende Frau Schrader stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Schrader
(Vorsitzende)

Krumme
(Schriftführerin)